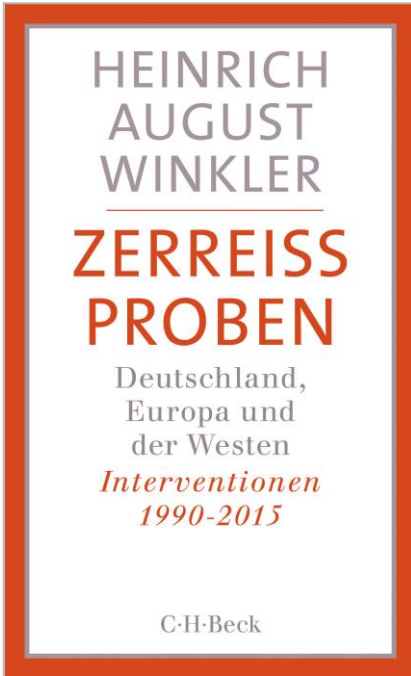


Unverkäufliche Leseprobe



**Heinrich August Winkler
Zerreissproben**

Deutschland, Europa und der Westen
Interventionen 1990 bis 2015

230 Seiten. Klappenbroschur
ISBN 978-3-406-68424-1

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/15168898>

Inhalt

Vorwort 11

I. Deutschland auf der Suche nach sich selbst

Der unverhoffte Nationalstaat. Deutsche Einheit:
Die Vorzeichen sind günstiger als 1871 14

War die Wiedervereinigung ein Fehler? Bonn oder
Berlin: Eine Glosse zum Hauptstadtstreit 25

Wider die postnationale Nostalgie 30

Rücksichtslos gewaltfrei. Der Balkan, die SPD und
die politische Moral 37

Lesarten der Sühne. Zur linken Instrumentalisierung
von Auschwitz 42

3. Oktober oder 9. November? Der Streit um den Tag
der deutschen Einheit 49

Die Fallstricke der nationalen Apologie. Eine Antwort
an Martin Walser 53

Ganz gewöhnliche Antisemiten. Wo sich National-
konservative und Rechtsradikale berühren 58

Macht, Moral und Menschenrechte. Über Werte und
Interessen in der deutschen Außenpolitik 65

Die Spuren schrecken. Putins deutsche Verteidiger
wissen nicht, in welcher Tradition sie stehen 79

Ein ziemlich deutscher Pazifismus 88

II. Streitfragen der deutschen Innenpolitik

Wandel durch Anbiederung?	94
Von Australien lernen? Zum Streit um nachträgliche Studiengebühren	96
Die Stunde der Generalisten. Bloß nichts lernen: Mitternacht der Hochschulpolitik	100
Wenn der Pfarrer ein Komödiant ist. Über einen merkwürdigen Amnestievorschlag	106
Sozialliberal oder sozialkonservativ? Zum «Schröder- Blair-Papier»	109
Von Marx zur Marktlücke. Warum die PDS für die SPD ein Problem ist	112
Missgriff in die Geschichte. Gerhard Schröder ist nicht Heinrich Brüning der Zweite	119
Die große Illusion. Warum direkte Demokratie nicht unbedingt den Fortschritt fördert	123

III. Europa zwischen Erweiterung und Vertiefung

Grenzen der Erweiterung. Plädoyer für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei	130
Europa an der Krisenkreuzung	135
Schreckliche Vereinfacher am Werk. Was rechte und linke Populisten verbindet	144
Europa wird westlich oder gar nicht sein. Gedanken über die normative Identität der EU	150

IV. Zerreiß- und Bewährungsproben des Westens

Die NATO in der Zerreißprobe. Kritik der Bush-Doktrin	162
Die Welt vom Bösen zu erlösen. Die amerikanische Hegemonialpolitik fordert Europa heraus	169
Wenn die Macht Recht spricht. Amerikas konservative Revolutionäre stellen die Werte des Westens in Frage . .	176
Wer schweigt, hat unrecht. Der Westen, Rußland, China und die Menschenrechte	183
Angriff auf das westliche Projekt. Die Ukraine Krise als historische Zäsur	187

V. Die Deutschen von sich selbst befreit

Rede zum 70. Jahrestag des 8. Mai 1945 im Deutschen Bundestag	198
Abkürzungsverzeichnis	210
Anmerkungen	211
Drucknachweise	224
Personenregister	227

Vorwort

Dieser Band enthält Essays zu politischen Streitfragen, entstanden in den Jahren 1990 bis 2015, ein Interview mit dem Wiener «Standard» sowie die Rede, die ich auf Einladung von Bundestagspräsident Norbert Lammert aus Anlass des 70. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 2015 im Deutschen Bundestag gehalten habe.

Die Texte betreffen vier Themenbereiche: erstens die Versuche der Deutschen, nach der unverhofften Wiedererlangung der staatlichen Einheit sich über ihren historischen und politischen Standort klar zu werden; zweitens innenpolitische Kontroversen über so unterschiedliche Fragen wie die wechselseitigen Vorbehalte von West- und Ostdeutschen, notwendige Reformen, nicht zuletzt an den deutschen Universitäten, und das Für und Wider von mehr direkter Demokratie; drittens Krisen und Widersprüche des europäischen Einigungsprozesses; viertens Herausforderungen des Westens zwischen dem transatlantischen Zerwürfnis unter Präsident George W. Bush, ausgelöst durch die Vorbereitung und Durchführung des Irakkriegs von 2003, und der neuen Ost-West-Konfrontation um die Ukraine seit Ende 2013.

Die Anlässe meiner Interventionen sind jeweils aktueller Natur, die Probleme von denen sie handeln, reichen aber über den Tag hinaus, sind also eher grundsätzlicher Art. Das gilt auch für die Texte, bei denen ich der Versuchung, eine Satire zu schreiben, nicht widerstanden habe. Wo der Hintergrund eines Beitrags nicht mehr als allgemein bekannt vorausgesetzt werden kann, habe ich dem Text eine kurze Erläuterung vorangestellt. Wörtliche Zitate werden, wo immer möglich, in den Anmerkungen belegt. Dass einige zentrale Argumente und Zitate mehr als einmal vorkommen, habe ich in Kauf genommen.

Die meisten Essays wurden in Tages- und Wochenzeitungen,

Vorwort

einige in anderen Periodika veröffentlicht. Sie wenden sich an ein Publikum, das sich für Geschichte und Politik interessiert, und nicht so sehr an die Fachwelt. Die Zeit, von der die folgenden Beiträge handeln, ist das Vierteljahrhundert von der deutschen Wiedervereinigung bis zur unmittelbaren Gegenwart. Um ebendiese Zeit geht es auch im vierten und letzten Band meiner «Geschichte des Westens», der unter dem Titel «Die Zeit der Gegenwart» Anfang 2015 im Verlag C.H.Beck, München, erschienen ist. Auf dieses Buch möchte ich alle Leserinnen und Leser verweisen, die sich intensiver mit einigen der in diesem Band behandelten Fragen befassen wollen.

Bei der Vorbereitung dieser Essaysammlung waren mir Frau Monika Roßteuscher, Frau Janna Rösch und Herr Angelo D'Abundo, beim Korrekturlesen und bei der Herstellung des Personenregisters Herr Alexander Goller eine große Hilfe. Ihnen allen danke ich herzlich.

Berlin, im Juni 2015

Heinrich August Winkler

DEUTSCHLAND AUF DER SUCHE NACH SICH SELBST

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 entfielen die alliierten Vorbehaltsrechte «in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes». Deutschland erhielt seine Souveränität zurück. An das höhere Maß an außenpolitischer Verantwortung, das damit verbunden war, mussten sich die Deutschen aber erst mühsam gewöhnen. Die Folgerungen, die aus den Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit zu ziehen waren, blieben bis in das neue Jahrtausend hinein umstritten. Es gab auch immer wieder Versuche, das schrecklichste Kapitel der deutschen Geschichte in nationalapologetischer Absicht zu relativieren – Versuche, die teilweise heftige Debatten auslösten.

Der unverhoffte Nationalstaat.
Deutsche Einheit:
Die Vorzeichen sind günstiger als 1871

28. September 1990

1.

Marx mag tot sein, aber die Dialektik lebt. Jedenfalls ist die Geschichte noch immer gut für überraschende Volten und schwer auflösbare Widersprüche. Jahrzehntelang haben die Deutschen sich an den Gedanken gewöhnt, daß es mit dem Ende ihres Nationalstaates seine historische Richtigkeit habe und die Lösung der deutschen Frage infolgedessen keine nationalstaatliche mehr sein könne. Fast über Nacht fällt ihnen jetzt in den Schoß, woran sie kaum mehr geglaubt, worauf sie auch nicht hingearbeitet haben: ein neuer deutscher Nationalstaat. Werden die Deutschen mit dieser unverhofften Entwicklung fertig werden?

In keinem anderen europäischen Land ist die Skepsis gegenüber dem Nationalstaat so groß wie in Deutschland. Der Grund liegt auf der Hand: Nirgendwo ist der Nationalstaat auf so furchtbare Weise gescheitert wie hier. Der deutsche Nationalstaat, das 1871 von Bismarck gegründete Reich, hat sich selbst zerstört, bevor er nach dem zweiten der von ihm ausgelösten Weltkriege von den Siegern besetzt und schließlich geteilt wurde. Dem äußeren Untergang von 1945 war zwölf Jahre zuvor der innere vorausgegangen. Mit der Übertragung der Macht an Hitler am 30. Januar 1933 endete nicht nur die kurzlebige erste deutsche Demokratie, die Republik von Weimar, sondern auch der sehr viel ältere deutsche Rechts- und Verfassungsstaat. Das Ende des deutschen Nationalstaates hätte sich nur noch aufhalten lassen, wenn es den Deutschen gelungen wäre, sich aus eigener Kraft von der Diktatur Hitlers zu befreien.

Der äußere Untergang des Deutschen Reiches war eine Folge seiner totalen militärischen Niederlage. Der innere Untergang hatte seine tieferen Ursachen in den Widersprüchen der Nationalstaatsgründung von 1871. In der Revolution von 1848/49 war der Versuch der Liberalen und Demokraten fehlgeschlagen, gleichzeitig die Einheit und Freiheit Deutschlands zu verwirklichen. Bismarcks Reichsgründung, nach seiner eigenen Meinung wie der der Zeitgenossen eine «Revolution von oben», brachte den Deutschen die ersehnte Einheit – in der «kleindeutschen» Form, also unter Ausschluß Österreichs. Diese Lösung der deutschen Frage war nicht nur mit den Interessen des übrigen Europa verträglicher als ein noch mächtigeres «Großdeutschland». Sie entsprach auch den Wünschen der Liberalen nordwärts des Mains und vor allem in Preußen: Sie waren zumeist evangelisch und sahen im katholischen Vielvölkerstaat der Habsburger ein klerikales, wirtschaftlich rückständiges, national nicht integrierbares Gebilde, kurz ein Relikt des Mittelalters.

Aber die Freiheit im Sinne eines parlamentarischen Systems und damit der politischen Vorherrschaft des liberalen Bürgertums konnte und wollte Bismarck den Deutschen nicht gewähren. Er erfüllte nach dem Sieg über Österreich im Jahre 1866 jene liberalen Forderungen, die mit den Interessen der altpreussischen Führungsschicht – Dynastie, Adel, Armee und hohes Beamtentum – vereinbar waren. Das liberale Bürgertum konnte sich in Kultur und Wirtschaft frei entfalten und der Gesetzgebung weitgehend seinen Stempel aufdrücken. Das Zentrum der staatlichen Macht jedoch, die eigentliche Regierungsgewalt, blieb ihm in Bismarcks konstitutioneller Monarchie versperrt.

Die Nationalliberalen, wie sich der kompromißwillige Flügel der liberalen Bewegung nannte, wußten sich zu trösten: «Ist denn die Einheit nicht selbst ein Stück Freiheit?» fragte einer ihrer Wortführer, Ludwig Bamberger, im Dezember 1866 in einem Aufruf an die Wähler Rhein Hessens.¹ Für die deutsche Einheit eintreten, das hieß aus der Sicht der Liberalen, aber auch

der jungen Arbeiterbewegung, für Freiheit und Fortschritt, gegen die vielen Dynastien und ihren adligen Anhang sein. Die nationale Parole war bis in die Reichsgründungszeit ein Kampfruf der Liberalen und der Linken. Aber die Nationalliberalen trugen selbst dazu bei, daß nach 1870/71 der freiheitliche Glanz dieser Parole rasch verblaßte. Während des «Kulturkampfes», den sie im Bunde mit Bismarck führten, scheuten sie nicht davor zurück, die kirchentreuen Katholiken als Deutsche zweiter Klasse, ja als «Reichsfeinde» zu diffamieren. Mit demselben Begriff wurden die Sozialdemokraten bedacht, die Bismarck von 1878 bis 1890 mit Hilfe eines von den Nationalliberalen gebilligten Ausnahmegesetzes verfolgte.

Der Begriff «national» verwandelte sich seit Mitte der 1870er Jahre von einer linken in eine rechte Parole. Sie diente dem Kampf gegen die international gesinnte Sozialdemokratie und gegen die liberale Freihandelslehre, der der «Schutz der nationalen Arbeit» in Gestalt hoher Einfuhrzölle entgegengestellt wurde. Antisemitische Agitatoren machten hinter der «roten Internationale» der Arbeiter und der «goldenen Internationale» des Bankkapitals einen gemeinsamen Drahtzieher aus: das internationale Judentum. National sein hieß fortan in erster Linie antiinternational und sehr häufig auch bereits antisemitisch sein.

Der deutsche Nationalstaat hat die inneren Feindbilder seiner Entstehungsphase nie völlig überwunden. Den Sozialdemokraten half es nur wenig, daß sie im August 1914 dem Reich Kriegskredite bewilligten und wie alle Deutschen zu den Fahnen eilten. Noch in den Jahren der Weimarer Republik galten sie in den Augen «nationaler» Kreise als «vaterlandslose Gesellen». Auch gegenüber den Katholiken gab es in der ersten deutschen Demokratie fortdauernde Vorbehalte. Sie waren so stark, daß ein katholischer Politiker wie Heinrich Brüning, der Reichskanzler der Jahre 1930 bis 1932, sie nur durch einen forcierten Nationalismus glaubte entkräften zu können.

Die Republik von Weimar, wie sie aus der Revolution von 1918/19 hervorging, erscheint uns rückblickend als ein Versuch, den Hauptwiderspruch des Kaiserreiches, den Gegensatz zwi-

schen kultureller und wirtschaftlicher Modernität auf der einen und der Rückständigkeit des politischen Systems auf der anderen Seite, zu überwinden. Gegen das Gelingen dieses Versuches stand eine doppelte Erbschaft der Monarchie: die Abneigung großer Teile der traditionellen Eliten gegen die neue Mehrheits-herrschaft und das Unvermögen vieler Demokraten, sich auf die Kompromisse einzulassen, ohne die ein Vielparteienstaat nicht parlamentarisch regiert werden konnte. Der Übergang zu einem vom Reichspräsidenten gestützten Notverordnungsregime im Jahre 1930 markiert das Ende Weimars als parlamentarische Demokratie und die Rückkehr zu einer bürokratischen Spielart des Obrigkeitsstaates.

Doch das Rad der Geschichte ließ sich nicht einfach zurück-drehen. Seit sechs Jahrzehnten waren die Deutschen an das all-gemeine gleiche Wahlrecht für Männer gewöhnt, und seit 1918 bedurften die Regierungen des Vertrauens des Reichstags, mit-telbar also auch der Bevölkerung. Daß die Präsidialregierungen ab 1930 den Willen der Massen auszuschalten suchten, mußte massenhaften Protest auslösen. Das wirkungsvollste Sprachrohr dieses Protests waren die Nationalsozialisten. Die Partei Hitlers appellierte gezielt an beides: den überlieferten Anspruch der Massen auf politische Teilhabe und an das verbreitete Resentiment gegenüber dem neuen, angeblich undeutschen parlamen-tarischen System, das den Willen des Volkes verfälsche. Was die Nationalsozialisten der parlamentarischen Demokratie und dem Präsidialregime entgegensetzten, war ein System, das sie als Ausdruck des wahren Volkswillens ausgaben: der plebiszitär legitimierte Führerstaat.

Deutschland war das einzige hochindustrialisierte Land, das im Verlauf der Weltwirtschaftskrise sein demokratisches System aufgab und durch eine totalitäre Diktatur ersetzte. Ohne die Langlebigkeit des Obrigkeitsstaates oder, anders gewendet, die verspätete Demokratisierung Deutschlands ist dieser «Sonderweg» nicht zu erklären. Gewiß läßt sich im historischen Ver-gleich nirgendwo ein «Normalweg» zur liberalen Demokratie erkennen, und so gesehen ist alle Geschichte eine Geschichte

von Sonderwegen. Aber im Hinblick auf die deutsche Entwicklung darf man hinzufügen: Einige dieser Sonderwege sind noch besonderer als die anderen.

II.

Eine der Voraussetzungen für Hitlers Erfolg war die allgemeine Überzeugung, daß Deutschland keine größere Schuld am Ersten Weltkrieg auf sich geladen hatte als die anderen kriegführenden Mächte, der Vertrag von Versailles also schreiendes Unrecht war. Zwar belegten die seit 1919 bekannten deutschen Dokumente die kriegstreibende Rolle der Reichsleitung in der Julikrise von 1914 zur Genüge, aber das behinderte nicht die Verbreitung einer Kriegsunschuldlegende – der ebenbürtigen Schwester jener Dolchstoßlegende, wonach «marxistische» Verräter der kämpfenden Front in den Rücken gefallen seien und damit Deutschlands militärische Niederlage herbeigeführt hätten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestritten nur kleine Gruppen von Unbelehrbaren, daß dieser Krieg vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselt worden war. Diese Einsicht erleichterte den moralischen Bruch mit dem Nationalsozialismus.

Der politische und gesellschaftliche Bruch mit dem untergegangenen Regime war 1945 ebenfalls ungleich tiefer als 1918. Neben der politischen Führung verschwand auch die militärische von der Bildfläche. Den ostelbischen Rittergutsbesitzern, die bei der Zerstörung der ersten Republik und der Machtübertragung an Hitler eine Schlüsselrolle gespielt hatten, wurde durch Vertreibung und Enteignung im Wortsinn der Boden entzogen. Das Land Preußen, das schon durch den Staatsstreich des «Kabinetts der Barone» vom 20. Juli 1932 seiner staatlichen Selbständigkeit beraubt und nach 1933 von den Nationalsozialisten rigoros gleichgeschaltet worden war, hörte 1947 aufgrund eines Gesetzes des Alliierten Kontrollrats auf zu bestehen.

Die Tiefe der Zäsur von 1945 erklärt zu einem guten Teil,

warum Bonn nicht Weimar wurde. Aber es war nur ein Teil Deutschlands, der eine zweite Chance erhielt, sich als Demokratie zu bewähren. Die Wiedervereinigung mit dem anderen Teil wurde von den Bundesregierungen unter der Kanzlerschaft Adenauers immer wieder beschworen, aber nicht «operativ» angestrebt. Der Preis, um den die deutsche Einheit allenfalls zu haben gewesen wäre, erschien Adenauer aus guten Gründen zu hoch: Eine Neutralisierung Deutschlands hätte Europa in das Zeitalter der nationalen Rivalitäten zurückgeworfen und das Gleichgewicht der Kräfte zugunsten der Sowjetunion verschoben. Ein isoliertes Deutschland wäre, schon wegen des noch längst nicht bewältigten Verlustes der Ostgebiete, vor nationalistischen Versuchungen mitnichten gefeit gewesen. Eine solche Perspektive war nicht nur für Adenauer und viele Deutsche erschreckend, sondern erst recht für alle Nachbarn Deutschlands.

Adenauers vorrangiges Ziel war mithin nicht die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, sondern die volle Souveränität für die Bundesrepublik und deren unauflösliche Verbindung mit Westeuropa. Eine Wiedervereinigung hielt der erste Bundeskanzler nur dann für wünschenswert, wenn sichergestellt war, daß auch Gesamtdeutschland ebenso zum Westen gehören würde wie die Bundesrepublik. Da diese Art von deutscher Einheit auf absehbare Zeit nicht erreichbar war, hatten Adenauers wiederholte Bekenntnisse zur Wiedervereinigung primär eine innenpolitische Funktion: Sie dienten der Gewinnung der Mehrheiten, die er für seine Politik brauchte, die er durch eine Darlegung seiner wirklichen Prioritäten aber schwerlich gefunden hätte.

Mag sein, daß Adenauer die deutschen Ereignisse von 1990 mit dem berühmten Satz kommentiert hätte: «Die Situation ist da.» Tatsächlich ist die deutsche Vereinigung, die sich jetzt vollzieht, *die* Lösung der deutschen Frage, die er für die einzig annehmbare hielt. Aber möglich wurde diese Lösung erst durch die Ostpolitik seiner sozialdemokratischen Nachfolger.

Die SPD, die sich während der Kanzlerschaft des überzeugten

Europäers Adenauer als Wiedervereinigungspartei profiliert und damit den nationalen Part in der bundesdeutschen Politik übernommen hatte, zog nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die Spaltung Deutschlands im Zeichen der «Politik der Stärke» immer tiefer geworden war. Mit dem ersten Berliner Passierscheinabkommen von 1963 begann jene Neuorientierung der deutschen Politik, die in den Ostverträgen der Regierung Brandt-Scheel gipfelte. Die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten im östlichen Mitteleuropa, einschließlich der staatlichen Existenz der DDR, hat jenen Wandel in Gang gesetzt, dessen Höhepunkt die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 bilden.

Die bundesdeutschen Leitartikel und Sonntagsreden, in denen die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gefordert wurde, haben die Umwälzung in der DDR nicht gefördert, sondern eher verzögert. Bis zum Herbst 1989 konnte Honeckers SED ihre Reformblockade mit der auch für Gorbatschow lange einleuchtenden Alternative begründen: «Wir oder die Wiedervereinigung.» Unter diesen Umständen sprach alles dafür, statt der Abschaffung der DDR die Schaffung demokratischer Verhältnisse in der DDR, also nicht die staatliche Einheit, sondern die Freiheit für alle Deutschen zum obersten Ziel der Deutschlandpolitik zu machen.

Wer so argumentierte (ich selbst tat es zuletzt in dem Aufsatz «Die Mauer wegdenken» in der «Zeit» vom 11. August 1989), setzte seine Hoffnungen auf Reformkräfte in der DDR, die bis in die SED hineinreichten. Heute wissen wir, daß die oppositionellen Gruppen sehr viel weniger Rückhalt in der Bevölkerung hatten, als sie und wir meinten. Die schweigende Mehrheit verhielt sich abwartend. Der Ruf nach «Deutschland einig Vaterland» wurde erst laut, nachdem die SED bereits kapituliert hatte. Diese Entwicklung wäre undenkbar gewesen, hätte die Sowjetunion sich im Oktober 1989 zugunsten «brüderlicher Hilfe» entschieden. Die Nichtintervention Moskaus machte die Vereinigung der beiden deutschen Staaten *möglich*, der Wille der Deutschen in der DDR machte sie *notwendig*.

III.

Die deutsche Einheit käme nicht zustande, wenn die Weltmächte und Europa ein neues Deutsches Reich, die Wiederherstellung eines souveränen Nationalstaates der traditionellen Art, zu gewärtigen hätten. Aber dies steht nicht auf der Tagesordnung. Das vereinigte Deutschland wird nicht weniger föderalistisch und nicht minder «multikulturell» sein als die bisherige Bundesrepublik. Außerdem ist es von vornherein eingebunden in die Europäische Gemeinschaft und in eine Atlantische Allianz, die dabei ist, ein neues, kooperatives Verständnis von europäischer Sicherheit zu entwickeln. Diese supranationale Einbindung ist, zusammen mit der von Deutschland akzeptierten Beschränkung seines militärischen Potentials und dem Verzicht auf ABC-Waffen, geradezu das politische «a priori» der Vereinigung. Der deutsche Nationalstaat hebt sich infolgedessen, indem er *entsteht*, teilweise auch schon wieder auf. Und das ist gut so. Denn erstens liegt es im wohlverstandenen Interesse der Deutschen selbst, daß aus der Wirtschaftskraft des bevölkerungsreichsten Landes westlich des Bug keine deutsche Vorherrschaft über Europa erwächst. Und zweitens kann nur ein bewußt europäisches Deutschland dazu beitragen, daß die Teilung des Kontinents überwunden wird und ein Rückfall in nationalstaatliche Politik nicht stattfindet.

Was sich heute in Deutschland vollzieht, kann schon deshalb keine Rückkehr zu nationalstaatlicher Normalität sein, weil es diese in Deutschland nie gegeben hat. In den Grenzen des Bismarckreiches lebten starke Minderheiten, die aus Deutschland hinausstrebten, nämlich Polen, Dänen, Elsässer und Lothringer. Nach 1918 waren die Deutschen mit dem ihnen verbliebenen Territorium nicht zufrieden; sie verlangten die Rückkehr vieler der an Polen abgetretenen Gebiete und den «Anschluß» Österreichs. Das vereinigte Deutschland von 1990 begreift sich dagegen, von einigen Vertriebenenfunktionären abgesehen, als vollständig und kennt keine ungelösten Nationalitätenprobleme.